



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 096-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.288

Eingereicht am: 02.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Hegg (Lyss, FDP) (Sprecher/in)
Schär (Schönried, FDP)
Rappa (Burgdorf, Die Mitte)
Roggli (Rüschegg Heubach, Die Mitte)
Gschwend-Pieren (Kaltacker, SVP)
Martin (Täuffelen, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 05.06.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Der Regierungsrat soll sich beim Bund für die raschere Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber einsetzen

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Er soll darlegen, wie sich die Situation der kriminellen abgewiesenen Asylsuchenden im Kanton Bern präsentiert. Dabei sind im Wesentlichen die Strukturen und Clanbildungen, die Häufigkeit der Delikte, die Altersstruktur und das Geschlecht krimineller abgewiesener Asylsuchender aufzuzeigen.
2. Er soll sich beim Bund dafür einsetzen, dass abgewiesene Asylbewerber rascher ausgeschafft werden. Im Speziellen sollen abgewiesenen Asylbewerber, die wiederholt Delikte begehen, rascher ausgeschafft werden können.
3. Er soll veranlassen, dass die Auswertung von elektronischen Datenträgern auch auf abgewiesene Asylsuchende ausgeweitet wird.
4. Er soll sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Zahlung von Entwicklungshilfe und Unterstützungsgelder (aus anderen Bereichen) für Länder, die ihre Staatsbürger (abgewiesene Asylsuchende) nicht zurücknehmen, eingestellt wird.

Begründung:

Im Kanton Bern halten sich zahlreiche abgewiesene Asylbewerber auf, die das Land verlassen müssten. Laut dem Staatssekretariat für Migration (SEM) sind viele dieser Menschen aufgrund fehlender Ausweispapiere nicht ausschaffbar. Mehr als die Hälfte der Betroffenen besitzt keine gültigen Identitätsdokumente, was ihre Rückführung stark erschwert.

Die aktuelle Situation belastet die kantonalen Ressourcen erheblich und stellt ein Sicherheitsrisiko dar, wie der Vorfall in Davos mit abgewiesenen Asylbewerbern zeigt. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Zahl der abgewiesenen Asylbewerber im Kanton Bern signifikant zu reduzieren.

Deshalb ist es wichtig zu verstehen, wie sich der Aufenthalt von vielen abgewiesenen Asylsuchenden im Kanton Bern und in der Schweiz auf die Sicherheit auswirkt.

Ziel dieser Motion ist es zudem, den Regierungsrat zu verpflichten, sich aktiv beim Bund für eine effiziente und wirksame Migrationspolitik und für eine steigende Rückführungsquote bei abgewiesenen Asylsuchenden einzusetzen. So soll darauf hingewirkt werden, dass sich der Bestand an abgewiesenen Asylbewerbern im Kanton Bern in den nächsten Jahren deutlich reduziert.

Begründung der Dringlichkeit: Die Dringlichkeit dieser Motion ergibt sich aus der wachsenden Zahl abgewiesener Asylbewerber im Kanton Bern, die trotz rechtskräftigem Asylentscheid in der Schweiz verbleiben. Die Fälle von Delikten durch abgewiesene Asylbewerber zeigt die sicherheitspolitischen Risiken auf, die von nicht ausgeschafften Personen ausgehen können. Die aktuelle Situation belastet nicht nur die öffentlichen Ressourcen, sondern stellt auch eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar. Zusätzlich führt das Fehlen von Identitätsdokumenten bei vielen Betroffenen dazu, dass Ausschaffungen massiv verzögert oder gar verhindert werden. Der Kanton muss dringend klare Massnahmen ergreifen, um die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern zu intensivieren und die administrativen Prozesse zu beschleunigen.

Verteiler

– Grosser Rat